

V0869/23/1

**Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung**  
**(Referent: Herr Fleckinger)**

**Antrag:**

1. Der Bericht zur aktuellen Haushaltsentwicklung für die Jahre 2024 ff. wird bekanntgegeben.
2. Angesichts der finanziellen Entwicklungen beauftragt der Stadtrat die Verwaltung und die städtischen Tochterunternehmen mit der Aufstellung eines Konzeptes zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung, das auch Kürzungen bei Defizitausgleichen für städtische Tochterunternehmen berücksichtigt.

Als **strategische Ziele** werden festgesetzt:

- 2.1. Der Verwaltungshaushalt ist in den Jahren 2024 – 2027 zu den aktuell vorliegenden Mittelanmeldungen der Referate für den Haushaltsplanentwurf 2024 in der Gesamtsumme um 100,0 Mio. Euro zu entlasten.
- 2.2. Davon sollen bereits im Haushalt 2024 kurzfristig mind. 10,0 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt eingespart werden.
3. Der Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 28 KommHV-K für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 10 % für die in der Anlage genannten Gruppierungen des Verwaltungshaushalts und in Höhe von 25 % für die in der Anlage benannten Gruppierungen des Vermögenshaushalts wird gem. § 29 Abs. 1 KommHV-K bekanntgegeben.
4. Beschlussvorlagen der Verwaltung sind künftig stets um einen Finanzierungsvorschlag zu ergänzen. Anträge der im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Wählergruppen, die zusätzliche Finanzmittel erfordern, sollen vorab um eine finanzielle Bewertung der Verwaltung ergänzt und ggf. mit einem Finanzierungsvorschlag hinterlegt werden.
5. Bei investiven Maßnahmen ist besonderes Augenmerk auf die zu erwartenden Folgekosten und deren Darstellung zu legen. Die Auswirkungen auf die Finanzplanung sind stets mit zu beleuchten und zu dokumentieren.
6. Die Finanz- und Haushaltsplanungen werden regelmäßig aktualisiert und der Stadtrat über wesentliche Veränderungen sowie ggf. Schritte der Nachsteuerung informiert.

Stadtrat	17.10.2023	Entscheidung
----------	------------	--------------

## **Stadtrat vom 17.10.2023**

### **Stadtrat 17.10.2023 – CR Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung (Referent: Herr Fleckinger) V0869/23**

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf die Ausführungen im Finanzausschuss. Er teilt mit, dass die Verwaltung über die Sommerpause bereits beauftragt war, Einsparmöglichkeiten zu eruieren. Der Lenkungskreis Haushaltskonsolidierung habe sich unmittelbar nach der Sommerpause getroffen, um die Situation nochmals darzustellen. Darüber wurde bereits im Finanzausschuss ausführlich informiert. Derzeit werde mit dem Worstcase Szenario gerechnet. Man gehe aber davon aus, dass es am Ende doch besser werde. Derzeit müsse aber von den aktuell präsentierten Zahlen ausgegangen werden. Deswegen müsse jetzt die Hausaufgabe gemacht werden und nicht erst dann, wenn die Regierung als Aufsichtsbehörde eintrete. Dies sei in zwei anderen bayerischen Großstädten der Fall. Ziel von Ingolstadt solle sein, selbstbestimmt und selbst zu entscheiden, wo und wie eingespart werde. Ziel müsse auch ein genehmigungsfähiger Haushalt sein. Der Grundsatzbeschluss sei ein wichtiges Signal. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass die Stadtverwaltung aus zwei Hauptorganen bestehe. Dies sei zum einen der Oberbürgermeister mit seiner Verwaltung und das andere der Stadtrat. Die Verwaltung könne viele Vorschläge einbringen, aber die Entscheidungen dieser Tragweite seien dem Stadtrat vorbehalten. Wichtig für Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei, dass sich der Stadtrat zu diesem Thema comite und der Verwaltung den Rücken stärke, aber auch ein Signal setze, dass die Stadt sparen müsse und dies die Politik in der nächsten Zeit prägen werde. Weiter verweist er auf den im Finanzausschuss angesprochenen Verschuldungsdeckel, welchen er gestrichen habe. Dieser werde nicht benötigt, weil sich dies aus der Mittelfristplanung des Haushaltsbeschlusses im Februar des nächsten Jahres ergebe. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass im Finanzausschuss keine Beschlussfassung erfolgt sei, aber er trotzdem die Diskussion sehr konstruktiv wahrgenommen habe. Hierfür spricht er seinen Dank aus, dass allseits zumindest Konsens sei, diesen Weg zu gehen. Im Detail werde es natürlich zu heftigen Diskussionen führen. Dies sei nach seinen Worten auch wichtig. Man werde jetzt nicht aufhören, die Stadt zu gestalten, sondern es werde weiter investiert. Ein wichtiges Signal sei auch, dass weiter in Schulen und Kitas investiert werde. Allerdings müssen Prioritäten gesetzt werden und nicht alles was wünschenswert sei, sei auch dann machbar.

Prognosen seien bekanntlich schwierig, vor allem wenn diese die Zukunft betreffen, so Stadtrat Dr. Meyer. Insofern sei es richtig, dass es auch weniger schlimm kommen könne, als dies in den letzten Monaten mitgeteilt worden sei. Aber man müsse auch auf den Worstcase vorbereitet sein. Stadtrat Dr. Meyer betont, dass Ingolstadt alles andere als vorbereitet sei. Er bemängelt, dass seit drei Jahren auch über den Begriff Konsolidierung diskutiert werde. Aber alles was gemacht werde, die Maßnahmen betreffend, sei ein Stochern im Nebel. Weiter mahnt er an, dass dem Stadtrat keine konkreten Maßnahmen vorgelegt werden. Auch habe er sich als Schwarzseher kritisieren lassen müssen. Nun sei es aber so eingetroffen, dass die bisher getroffenen Maßnahmen völlig unzureichend seien. Dies wolle Stadtrat Dr. Meyer an zwei Beispielen festmachen. Als erstes verweist er auf die konkrete Ausgabenpolitik und seine Ausführungen der letzten Wochen zum Klinikum. Seine Ausschussgemeinschaft habe einen konstruktiven Gegenvorschlag vorgelegt, welcher eine weniger steile Ausgabenkurve bedeutet hätte. Dies sei seitens der Verwaltung abgebugelt

worden. Zur Arbeitsmarkzulage, welche weitgehend unwirksam sei, sei auch ein konstruktiver Gegenvorschlag erfolgt. Dies sei auch abgebügelt worden. Die Ausgaben des GKO seien so hoch wie nie. An seinen Stadtratskollegen Witty gewandt sei es absurd, wenn dieser bei einem Zukunftskonzept wie dem Weinziergelände plötzlich das Sparen beginnen wolle. Dies lasse Stadtrat Dr. Meyer nicht durchgehen. Neben der konkreten Ausgabenpolitik sei es für seine Ausschussgemeinschaft völlig unverständlich, dass dieser Prozess erst jetzt starte. Je lauter Oberbürgermeister Dr. Scharpf die bisherigen Anstrengungen kenntlich mache, desto deutlicher sei, dass keine Entscheidungsgrundlage vorliege. Dabei verweist er auf die Aufgabenkritik und merkt an, mit welcher Leichtigkeit dieses Thema abmoderiert worden sei. Dies sei nur aufgrund des Vorschlags seiner Ausschussgemeinschaft auf die Tagesordnung genommen worden. Nur dadurch sei Struktur, wie eine klare Clusterung nach der Wirksamkeit und der Bedeutung und der politischen Umsetzbarkeit, reingebracht worden. Stadtrat Dr. Meyer betont, dass diese Nachlässigkeit ein Ende haben müsse. Der Oberbürgermeister sei nicht für die sinkenden Gewerbesteuereinnahmen verantwortlich, aber dafür, dass man nun weitgehend bei Null beginne, um diesen Prozess zu starten, über den schon drei Jahre diskutiert werde. Deswegen sei die konkrete Forderung seiner Ausschussgemeinschaft, nicht nur einen Grundsatzbeschluss, sondern noch in diesem Kalenderjahr klare Maßnahmenvorschläge vorlegen. Damit bis zur Haushaltssitzung im Februar eine politische Willensbildung diskutiert und abgeschlossen werden könne. Der Antrag seiner Ausschussgemeinschaft sei, dass bis zum Ende des Jahres eine klare Entscheidungsvorschlag der Verwaltung vorgelegt werde.

Stadtrat Wittmann verweist auf seine Ausführungen im Finanzausschuss und stimmt mit Oberbürgermeister Dr. Scharpf überein, dass Ingolstadt derzeit eine schwierige Zeit mit großen Herausforderungen und schwierigen Rahmenbedingungen erlebe. Er merkt aber an, dass es sich nicht um die erste Krise handelt. Alleine in seiner Amtszeit habe es drei große Krisen gegeben. Mit solchen Herausforderungen müsse gerechnet werden. Der Presse sei zu entnehmen, dass der VW-Konzern wieder Gewinne anstrebe und somit von einer entsprechenden Gewerbesteuer auszugehen sei. Zielsetzung sei, den Haushalt wieder zu konsolidieren, damit die Stadt weiterentwickelt werden könne. So wie dies immer in Krisenzeiten geschehen sei. Hier dürfe es keinen Stillstand geben. Wie in der Sitzung des Finanzausschusses zugesagt, werde sich die CSU-Stadtratsfraktion konstruktiv an der Bewältigung dieser Krise beteiligen. Stadtrat Wittmann betont aber zugleich, dass dies nicht zu Lasten der Bürger und erfolgen dürfe. Diese dürfe nicht durch eine Steuererhöhung in dieser schwierigen Zeit zusätzlich belastet werden. Hier sei nach seinen Worten die Gesamtverwaltung gefragt. Ansonsten habe er durchaus signalisiert, dass seine Fraktion den Vorschlägen der Verwaltung, nach eingehenden Diskussionen, zustimmen könne. Dies gelte aber nicht für alle Vorschläge. Aber dieses Signal wolle er aussenden. Hier auf Biegen und Brechen Opposition zu spielen, mache keinen Sinn, wenn man im Sinne der Bürger als Stadtrat in dieser Stadt tätig sein wolle. An den Kämmerer gewandt sei eine Schuldenaufnahme nichts Unanständiges. Es komme aber auf die Größenordnung an, weil dafür müsse auch Zins und Tilgung aufgebracht werden. Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass dies das größte Problem sei. Weiter verweist er auf die fehlende Summe von 290 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt bis zum Jahr 2027. Wenn die bis zum Jahr 2027 angemeldeten Investitionen noch gegenfinanziert werden müsse, fehlen noch ca. 350 Mio. Euro. Für diese müssen dann Kredite aufgenommen werden. Stadtrat Wittmann spreche hier von einer Größenordnung von 640 Mio. Euro. Über so eine gewaltige Summe habe man in Ingolstadt noch nie diskutiert. Nun werden die noch verbliebenen Rücklagen für zwei Jahre, mit jeweils 70 Mio. Euro, um die Verwaltung gegen zu finanzieren, eingesetzt. Hierzu verweist er auf das Wohlwollen der Regierung von Oberbayern mit der Begründung, dass in Ingolstadt viele Jahrzehnte eine ordentliche Finanzpolitik erfolgt sei. Wenn Ingolstadt es bis zum Jahr 2026 nicht schaffe, könne dies durchaus bedeuten, dass die Regierung von Oberbayern den Haushalt nicht mehr genehmige. Dann werde der Spielraum in der Verwaltung sehr eng. Wenn es wiederum nicht gelinge, den Verwaltungshaushalt

auszugleichen, dann könne es wie auch in anderen deutschen Städten passieren, dass ein sogenannter Sparkommissar von der Regierung von Oberbayern nach Ingolstadt komme. Deswegen sei es so wichtig, gemeinsam zu überlegen, wie man dieses Räderwerk vernünftig zum Laufen bringen könne. Positiv sei, dass die gedeckelte Nettoverschuldung von 350 Mio. Euro aus dem Grundsatzbeschluss gestrichen worden sei. Diese Größenordnung bedeute, dass man den Verwaltungshaushalt mit rund 20 bis 25 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich belasten könne, welcher ohnehin kaum auszugleichen sei. Die CSU-Stadtratsfraktion werde sich konstruktiv daran beteiligen, eine vernünftige Lösung zu finden. An Stadtrat De Lapuente hinsichtlich seiner Stellungnahme, dass die CSU behauptet habe der Oberbürgermeister habe 300 Mio. Euro Rücklagen verschwendet, gewandt merkt er an, dass dies nicht richtig sei. Der Vortrag des Finanzreferenten habe gezeigt, dass zur Amtsübergabe 285 Mio. Euro übergeben worden seien. Diese Anschuldigungen weise er energisch zurück. Weiter sei von einem Sanierungsstau bei Schulen gesprochen worden. Stadtrat Wittmann teilt mit, dass in den letzten 10 Jahren vor der letzten Kommunalwahl 500 Mio. Euro für Schulen eingesetzt wurden. Hier konnten aus unterschiedlichen Gründen, nicht zuletzt, weil die Wirtschaft dies nicht geschafft habe, nur 50 Prozent ausgegeben werden. In den Zeiten in seiner Verantwortung seien niemals Schulschwimmbäder auf Dauer geschlossen worden. Hier habe man immer etwas getan. Genau dies sei in den letzten drei Jahren auch passiert. Nun eine Schuld bei den Vorgängern zu suchen, wenn man bereits drei Jahre im Amt sei, sei nicht korrekt. Der Personalzuwachs sei in der Amtszeit vor der letzten Kommunalwahl im Schnitt pro Jahr etwa der Gleiche, wie in den letzten drei Jahren gewesen. Damit widerspreche sich Oberbürgermeister Dr. Scharpf selbst. Dass die Stadt damals durch die Freien Wähler und die CSU kaputtgespart und man keine Stelle genehmigt habe, sei nicht korrekt. Es seien sehr wohl Stellen, insbesondere im Kitabereich wo es unumgänglich gewesen sei, genehmigt worden. Den schwersten Vorwurf, dass die Kämmerei dem Spar-Wahn des damaligen Finanzbürgermeisters zum Opfer gefallen sei, weist Stadtrat Wittmann von sich. Eine Organisationsuntersuchung habe einen Personalmangel von 20 Stellen aufgezeigt. Die Untersuchung sei im Jahr 2019 in Auftrag gegeben worden und erst vor wenigen Monaten sei das Ergebnis erfolgt. Erst heute beschäftige sich der Stadtrat damit. Die angesprochenen Altlasten der Vorgänger, wie die Mehrkosten von 21 Mio. für das Kongresszentrums, die 30 Mio. Euro für das MKKD, das Defizit von 11 Mio. Euro bei der LGS. Stadtrat Wittmann betont, dass der gesamte Stadtrat diese Mehrkosten beschlossen habe. Hier von Altlasten zu sprechen bittet er in Zukunft zu unterlassen. Solidarität und die Bereitschaft zur vernünftigen Zusammenarbeit sei keine Einbahnstraße. Dies müsse schon von beiden Seiten so gelebt werden, denn nur so komme man zusammen.

Stadtrat Schüller gibt bekannt, dass die AfD-Stadtratsfraktion den Grundsatzbeschluss selbstverständlich mitrage. Hinsichtlich der Umsetzung der Finanzsicherung habe sie jedoch eine andere Vorstellung. Laut vorliegenden finanziellen Eckdaten erwarte man für die Jahre 2024 bis 2027 einen nicht gedeckten Einsparbedarf von ca. 100 Mio. Euro, der eingespart und auf die genannten Jahre aufgeteilt werden muss. Auf der anderen Seite bestehe jedoch auch die Notwendigkeit und Verpflichtung der Stadt Ingolstadt, auch in diesen Jahren ihren Pflichtaufgaben nachzukommen. Um handlungsfähig zu bleiben und auf unvorhergesehene Ereignisse und Ausgaben reagieren zu können, schlägt die AfD-Stadtratsfraktion deshalb zur Finanzsicherung für die Jahre 2024 bis 2027 eine flexible jährliche Einsparquote von 25 Prozent vor. Für das Jahr 2024, das erste Jahr, sei die 25 prozentige Einsparquote festgeschrieben. Nach oben sei die Einsparquote selbstverständlich offen, was bedeute, dass mindestens 25 Prozent zwingend für das Jahr 2024 eingespart werden sollen. Gelingen es im Jahr 2024 mehr als 25 Prozent einzusparen, dürfe aufgrund der flexiblen Ausgestaltung die 25 prozentige Einsparquote im Jahr 2025 in Höhe der Mehreinsparung von 2024 prozentual unterschritten werden. Gleiches Verfahren soll dann für die Jahre 2025 bis 2027 gelten, führt Stadtrat Semle aus.

An Herrn Kuch gewandt, teilt Stadtrat Wöhl seine Enttäuschung über das Ergebnis der Aufgabenkritik mit. Er zweifelt an, ob dieses für eine effektivere Verwaltung spreche oder nur

eine Dauerbelastung darstelle. Generell würde ihn interessieren, wie viel Personal und Arbeitsstunden jährlich in das Verfassen von solchen Texten fließe. Seiner Ansicht nach sollte man sich überlegen, ob in diese Richtung Potenzial eingespart werden könne. Weiter unterstützt er die Meinung von Stadtrat Wittmann bezüglich konstruktiver Mitarbeit. Bei jedem Punkt und bei jeder neuen Entscheidung müsse man sich gut überlegen, was notwendig, Luxus oder wünschenswert für die Ingolstädter Bürger sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf entgegnet, dass das Projekt Aufgabenkritik enorm hilfreich sei und man damit Synergieeffekte aufdecken hat können, die größtenteils bereits umgesetzt worden seien. Als Beispiel bezieht er sich auf die Prozessoptimierung und Verbesserung des Controllings. Jede Aufgabenstellung könne nun dem Personal zugeordnet werden, was die Überprüfung von Aufgaben, Standards oder Qualitäten erleichtere. Auch für die jetzigen Einsparmaßnahmen könne man die Daten sehr gut gebrauchen, unterstreicht Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Stadtrat Höbusch bezieht sich auf Ziffer 6 des Grundsatzbeschlusses. An Herrn Fleckinger gewandt möchte er wissen, ob sich der angekündigte regelmäßige Finanzlagebericht an das bisherige Format halte oder ob dieser zukünftig ein besonderes Format analog der Schuldenuhr bzw. Einsparuhr bekommen soll. Er persönlich halte es für wichtig, zu jeder Zeit eine möglichst große Transparenz zu haben. Die von Stadtrat Schüller vorgeschlagene 25 prozentige Einsparquote halte er für unrealistisch.

An Stadtrat Dr. Meyer gerichtet, stellt Stadtrat Witty klar, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Planungen des Weinzierl-Geländes nie in Frage gestellt habe. Sie habe sich lediglich dafür ausgesprochen, die Maßnahmen zu verschieben, da sie davon überzeugt seien, dass es aktuell größere Herausforderungen in Richtung Schulen, Klinikum, Feuerwehren usw. gebe. Weiter geht Stadtrat Witty auf die immer wiederkehrenden Diskussionen bezüglich des Georgischen Kammerorchesters ein und stellt klar, dass mit Abschluss des Haustarifvertrags das GKO in die Tarifgruppe D, die unterste Gruppe in der Tarifsystematik, eingeordnet sei. Zudem würden ehemalige Orchestermitglieder, die nicht von der Gehaltserhöhung profitieren, Altersrenten in Höhe von weit unter 1.000 Euro beziehen. Abgesehen davon betrage der Zuschuss des Freistaats Bayern für dieses Orchester aktuell 21 Prozent, gemessen an den Gesamtausgaben. Bei anderen nicht staatlichen Orchestern in Bayern befinde man sich zwischen 38 und 63 Prozent. In den Augen von Stadtrat Witty seien dies genügend Gründe, um die ewige Kritiserie um das GKO zu beenden.

Stadtrat Schäuble weist die Vorwürfe von Stadtrat Witty zurück. Die Grundsatzfrage des GKO, dass Ingolstadt das Orchester nicht brauche, habe man seitens der Ausschussgemeinschaft FDP/JU nie gehört. Was den Haushalt in Verbindung mit dem Ziel der Klimaneutralität angehe, sehe die Ausschussgemeinschaft FDP/JU kritisch, da die Mittel hierfür auf städtischer Seite nicht bereit stehen. Im Rahmen dieses Haushaltsprozesses solle man sich überlegen, die Ziele, die man sich gesetzt hat, vor den Herausforderungen der Realität anzupassen. Ebenso dürfe man bei dieser Thematik die Tochtergesellschaften nicht vergessen, betont Stadtrat Schäuble. Die Stadt Ingolstadt habe sich dazu verpflichtet, die Defizite, die in den städtischen Töchtern entstehen, ab einem gewissen Zeitpunkt auszugleichen. Diese sollten bei der Haushaltsdebatte ein zentraler Bestandteil der Betrachtung sein, da einige städtische Beteiligungen vor sehr großen Herausforderungen stehen wie z.B. das Klinikum mit der Generalsanierung. Aus diesen Gründen plädiert Stadtrat Schäuble dafür, alle Haushalte gemeinsam zu betrachten und zu priorisieren. Mit harten Einschnitten in der Politik würde man wohl oder übel rechnen müssen, untermauert er.

Stadtrat Stachel findet es gut, dass über einen Grundsatzbeschluss die Diskussion eröffnet wird. Er vertritt die Meinung, dass die für 2024 vorgesehenen Einsparungen nicht ausreichen. Er verstehe nicht, wie derzeit argumentiert werden könne, es seien zu hohe Rücklagen gebildet und zu wenig investiert worden. Durch die Rücklagen sei es möglich, dass die Stadt nicht noch mehr sparen müsse. Es sei wichtig, mit den verfügbaren Mitteln zu planen, um das bestmögliche Ziel zu erreichen und nicht über die derzeit laufenden Projekte zu diskutieren. Seine Bitte sei deshalb, jetzt engagiert zu sparen und konstruktiv zusammenzuarbeiten.

An Stadtrat Stachel, Stadtrat Dr. Meyer und die CSU-Stadtratsfraktion gewandt, beklagt sich Stadtrat De Lapuente über die fehlende konstruktive Mitarbeit seiner Kollegen. Das Miteinander hier am Rednerpult auszusprechen reiche nicht aus, sondern man müsse den Weg auch gehen. Trotz der Corona-Krise und des Ukraine-Kriegs habe man es geschafft, die Stadtpolitik in den vergangenen drei Jahren zu gestalten, zu investieren und aktiv zu bleiben. Dass die Arbeitsmarktzulage funktioniere, zeigen die nun besetzten Stellen, die man Jahre und Monate davor nicht besetzen hat können. Einen Bericht darüber werde man noch heute bekommen, weist Stadtrat De Lapuente darauf hin. Weiter kritisiert er, dass von Stadtrat Dr. Meyer immer noch der öffentliche Tarifvertrag der Reinigungskräfte des Klinikums in Frage gestellt werde. Auch was die Lehrschwimmbekken angehe, reiche es nicht aus, nur eine Pumpe auszuwechseln. Über das weitere Verfahren der Lehrschwimmbekken müsse ein Stadtratsbeschluss entscheiden. Was den Investitionsstau betreffe, stellt Stadtrat De Lapuente klar, dass die Rücklagen keine Ausgaben der SPD-Stadtratsfraktion oder der Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN seien, so wie es in den Pressemitteilungen propagiert werde. Seine Recherche zeige, dass die Stadt Ingolstadt im Vergleich mit anderen Städten mit ihren Rücklagen gut gehaushaltet habe. Stadtrat De Lapuente glaubt, dass man auf einem guten Weg sei. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Stadtrat Dr. Lösel stellt fest, dass die Finanzierung der THI und der katholischen Universität vermehrt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung angegriffen würde und dies der Grund für die finanzielle Schieflage sei. Er betont, dass die sechs Professuren zeitlich auf fünf Jahre befristet seien. Aus diesen Professuren würden hunderte Wissenschaftler hervorgehen. Weiter teilt er mit, dass diese nicht alleine durch die Stadt Ingolstadt, sondern auch durch die Privatwirtschaft sowie Fördergelder finanziert werde und dass daraus zukünftig ein großer Nutzen gezogen werden könne. Der KI-Mobilitätsknoten sei durch die bayerische Staatsregierung nach Ingolstadt gebracht worden und stelle ein Aushängeschild für Bayern da. Wiederum daraus ginge ein weiteres Projekt, das Technologietransferzentrum am Flughafen Manching hervor, wodurch viele Arbeitsplätze geschaffen worden, welches ebenfalls vom Freistaat Bayern gefördert wurde. Diese Erfolge sollen seines Erachtens auch in Zukunft nicht ausbleiben. Stadtrat Dr. Lösel vertritt die Meinung, dass nicht bei den Bürgern gespart werden solle, sondern im Verwaltungshaushalt. Er betont, dass die CSU-Stadtratsfraktion die Steuererhöhung nicht mittrage. Gewerbesteuererhöhungsbescheide würden immer Mitte November, also im vierten Quartal eingehen, führt er fort. Deshalb stelle er den Antrag, bis spätestens zum 17. November die Information einzuholen, ob die Lage bezüglich der Nullrunde wirklich so schlimm sei. Stadtrat Dr. Lösel stellt in Frage, ob für die Jahre 2024 und 2025 tatsächlich nur 100 Millionen Gewerbesteuererinnahme anfallen oder ob diese evtl. auch höher ausfallen könnten. An Stadtrat Schlagbauer gerichtet, möchte er in Erfahrung bringen, ob es dem VW-Konzern tatsächlich so schlecht gehe, wie es in der Presse dargestellt werden würde. Stadtrat Dr. Lösel weist auf die 300 Millionen Euro Rücklagen und Haushaltsreste hin, welche er zum Ende seiner Amtszeit als Oberbürgermeister übergeben habe. Außerdem verweist er auf die vielen erfolgreichen Projekte, welche nun nach und nach eingeweiht werden können. Auch er sei während seiner Amtszeit von Tiefen und Krisen begleitet worden.

Stadtrat Werner bezieht sich auf eine Pressemitteilung der CSU-Stadtratsfraktion aus vergangener Woche, dessen Kerninhalt lediglich darauf abziele Kritik an Oberbürgermeister Dr. Scharpf zu üben. Entgegen der Aussage von Stadtrat Dr. Meyer habe die Arbeitsmarktzulage sehr wohl Erfolg gezeigt, da zuvor 28 Fachkräfte fehlten und derzeit nur noch zwei. Weiter betont Stadtrat Werner, dass die derzeitige schwierige Situation nicht dadurch hervorgerufen würde, dass ein paar 100.000 Euro in die Arbeitsmarktzulage investiert worden seien. Auch nicht, dass das Klinkumpersonal eine angemessene Vergütung erhalte, sondern dadurch, dass ein hoher zweistelliger Millionenbetrag an Steuereinnahmen wegbreche. In den Jahren 2017 und 2018 seien ebenfalls innerhalb kürzester Zeit Steuereinnahmen weggebrochen und trotzdem habe man den ergriffenen Maßnahmen im Haushalt zugestimmt. Stadtrat Werner appelliert dafür, dies in diesem Jahr mit umgekehrter Parteienlage ebenfalls so zu handhaben. Weiter geht er auf die in der letzten Legislaturperiode bereitgestellten 500 Mio. Euro für Schulbausanierungsmaßnahmen, wovon bis dato nur die Hälfte umgesetzt worden sei. Er sehe hier eine große Belastung, weil die noch ausstehenden Maßnahmen nunmehr deutlich teurer und auch weitere Sanierungen anfallen würden. Beide würden zu den noch nicht erfüllten Maßnahmen zugerechnet werden müssen. Die bildungspolitischen Projekte seien essenziell und weiterhin umzusetzen. Daher plädiere er für eine frühzeitige Diskussion des Haushalts 2024 sowie baldige Vorschläge durch die Verwaltung, wie sich die Einsparung in Höhe von 10 Millionen oder mehr gestalten lasse. Auf eine konstruktive Zusammenarbeit lege er großen Wert.

Stadtrat Köstler nimmt Bezug auf die von Stadtrat Dr. Lösel angesprochenen Professuren, welche seines Erachtens nach keine städtische Aufgabe darstelle. Trotz des erzielten Erfolges würde er persönlich wieder gegen ein KI-Institut stimmen, da er das Geld eher für den sozialen Wohnungsbau verwendet würde. Es solle nicht nur in der Verwaltung gespart werden, sondern auch bei den Bürgern, dies müsse ausreichend kommuniziert werden. Die Stadt Ingolstadt sei in extremer Abhängigkeit zur Automobilindustrie und das sei die Krise, über welche heute gesprochen werde. Alle Bürger würden gleichmäßig belastet werden müssen, nicht nur jene mit Abstiegs- und Zukunftsängsten. Zu Beginn solle nicht danach gesucht werden, wo gespart werden könne, so Stadtrat Köstler. Stattdessen sollte festgelegt werden, wo auf keinen Fall gespart werden dürfe. Politische Bildung, Demokratieförderung, Bekämpfung von Extremismus und Prävention seien Punkte, bei denen definitive nicht gespart werden dürfe.

Stadtrat Dr. Lösel geht auf den Beitrag von Stadtrat Köster ein und ergänzt, dass er zu seiner Amtszeit zwei Sonderbauprogramme mit jeweils 800 Wohnungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau in die Wege geleitet habe. Außerdem seien Baugebiete ausgewiesen und die Geschwindigkeit im Bauwesen gesteigert worden. Als Beispiel führt er das kürzlich eingeweihte Projekt an der Stargarder Straße an.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass die Zahlen des Sonderbauprogrammes nicht, wie angekündigt, realisiert worden sein.

Stadtrat Grob ist der Meinung, dass die Förderung der THI durch den Freistaat Bayern genutzt werden soll, da die Zukunft von Ingolstadt dadurch maßgeblich beeinflusst werde und ein Vorbild für ganz Bayern darstelle. Er sei der Auffassung, dass dies das Geld der Zukunft sei. Durch die Zuwendungen von Bund und Land sei der Haushalt im Jahr 2022 um eine viertel Milliarden und in 2021 um 70 Millionen gestärkt worden, weshalb man dem Haushalt überhaupt zugestimmt habe. Er unterstütze den Sparkurs, stelle jedoch in Frage, ob es der richtige Ansatz sei, im ersten Jahr nur 10 Mio. Euro zu sparen, wenn in vier Jahren 100 Mio. Euro gespart werden sollen. Er spricht sich für eine Einsparsumme von 25 Mio. Euro im Jahr 2024 im Verwaltungshaushalt aus, damit die Einsparung in gleichen Teilen

erfolge erfolgen könne. Die Investitionen sollten seines Erachtens nach bestehen bleiben. Eine Zusammenarbeit der Stadtratsmitglieder sei für Stadtrat Grob wesentlich.

Stadtrat Kern wünscht sich, dass auch seitens der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften gute Sparvorschläge in den nächsten Wochen und Monaten vorgelegt werden, über welche im Stadtrat diskutiert werden könne. Er hoffe auf eine große Schnittmenge an Einigkeit über die Maßnahmen, vorwiegend in der Verwaltung und nicht zu Lasten der Bürger.

Stadtrat Mißbeck erinnert daran, dass die Haushaltsdebatte erst im kommenden Jahr stattfinden. Er wolle heute eine Grundsatzentscheidung ohne Details diskutieren. Er ist ebenfalls der Meinung, dass die Einsparsumme von 10 Mio. Euro für das Jahr 2024 nicht ausreiche. Gleichzeitig stellt er die Frage, wo dieses Geld herkommen solle. Die wachsende Bevölkerung und auch der anwachsende Prozentsatz der älteren Generation stelle einen zusätzlichen Aufwand dar. Er wünsche sich von der Verwaltung fundierte, realisier- und nachvollziehbare Vorschläge. Er sei stolz auf die Entwicklung der TH1, auch wenn sie Geld koste. Stadtrat Mißbeck vergleicht die Situation der TH1 mit den Sportvereinen, welche ebenfalls einen hohen Stellenwert für die Bevölkerung darstellen. Auch die Investition in die Interimsspielstätte fände er gut. Der Stadtrat solle eine in sich geschlossene Einheit bilden und diese nach Außen darstellen.

Stadtrat Kürten stellt fest, dass die Pressemitteilung der CSU-Stadtratsfraktion wohl nicht mit Stadtrat Wittmann abgestimmt worden sei. Sie weise daraufhin, dass derzeit kein Wahlkampf vorherrsche und die Parteien konstruktiv zusammenarbeiten. Weiter führt sie zum Thema Klimaschutz aus, dass der Grundsatzbeschluss 2035 elementar sei und dieser nicht unter den Sparmaßnahmen leiden dürfe. Die Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN erhoffen sich von der Verwaltung konstruktive Vorschläge.

Stadtrat Dr. Meyer nimmt Bezug auf seinen vorherigen Vortrag. Er verdeutlicht, dass Ausgaben zu Beispiel für die Arbeitsmarktzulage, das Klinikum oder des GKO an anderer Stelle wieder eingespart werden müssen. Er erinnert nochmals an seinen Antrag, Vorschläge zur Einsparung noch in diesem Jahr zu erhalten.

Stadtrat Meier plädiert dafür, so wenig wie möglich und nur so viel zu sparen wie tatsächlich notwendig sei. Vor allem sollte nicht bei den Tarifen der Leute gespart werden, damit diese eine anständige Bezahlung erhalten. Die Effizienzsteigerung sei das Zauberwort, pflichtet er Stadtrat Dr. Kern bei. Auch wolle er die Digitalisierung vorantreiben, da Ingolstadt bei der Rangfolge der Großstädte auf Platz 42 eher weiter hinten stehe.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erklärt, dass sich die Rücklagen sich von 2019 bis 2020 verringert haben und auch ein Nachtragshaushalt beschlossen worden sei. Man könne jedoch zum heutigen Tag nicht genau sagen, wie viele Rücklagen bei Amtsübergabe im Mai 2020 noch zur Verfügung standen. Bereits in der letzten Amtsperiode sei festgestellt worden, dass die gebildeten Rücklagen in wenigen Jahren aufgebraucht sein würden. In nahezu allen Kommunen, nicht nur bei der Stadt Ingolstadt sei der Haushalt in einer Schieflage und die Ausgaben deutlich höher als die Einnahmen. Die Förderungen von Bund und Land werden nicht erhöht, die Kosten für zum Beispiel einen Schulbau seien in den letzten Jahren jedoch immens gestiegen. Das Klinikum weise ein Defizit von 30 Mio. Euro auf, aber auch in anderen Kliniken sei die Situation ähnlich. Außerdem würden Kommunen mehr übertragene Aufgaben erhalten durch Bund und Länder, beispielsweise die Wohngeldreform, welche ebenfalls aus dem städtischen Haushalt zu bewältigen seien. Laut Kommunalen Spitzenverbänden würden für dieses Jahr 6,4 Mrd. Euro und für nächstes Jahr 10 Mrd. Euro in den Kommunen fehlen. Die Kommunen seien angehalten, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzubringen, dies würde in den nächsten Jahren nicht mehr möglich sein. Weiter greift Oberbürgermeister Dr. Scharpf die Personaldebatte auf. Dem Vorwurf, dass in den letzten Jahren zu viel Personal geschaffen worden sei, entgegnet er damit, dass im

Vergleich zur letzten Amtsperiode im Durchschnitt auch nicht mehr Personal geschaffen worden sei. Er bedankt sich für den gemeinsam gefunden Grundkonsens und auch dafür, dass sich die Parteien im Stadtrat, wie auch in den letzten Krisen, zu der gemeinsamen Verantwortung bekennen. Zum Antrag von Stadtrat Dr. Meyer erklärt er, dass es schwierig gestalten würde, die Einsparvorschläge noch im Dezember vorzubringen, da diese zunächst für die Mittelfirstplanung eruiert werden müssen. Aus diesem Grund sei der Haushalt verschoben worden. Die 100 Mio. Euro seien bis Ende des Jahres nicht machbar. Oberbürgermeister Dr. Scharpf schlägt vor, über den Antrag abstimmen zu lassen. Über einen Zwischenbericht könne man in der nächsten Stadtratssitzung beraten.

Stadtrat Dr. Meyer besteht darauf, den konkreten Termin für die Vorschläge in Erfahrung zu bringen, damit rechtzeitig vor der Haushaltssitzung im Februar eine Meinungsbildung stattfinden könne.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf entgegnet, dass das Verfahren genauso wie bei einem regulären Haushaltslauf stattfinden würde. Zunächst gingen die Vorschläge in die einzelnen Gremien, in die vorberatenden Ausschüsse und danach in den Stadtrat. Die Inforunde vom 27.09.2023, der Finanzausschuss vom 10.10.2023 sowie die heutige Debatte und der Sitzungslauf im Februar sollten für eine Meinungsbildung ausreichen, untermauert er.

Dr. Meyer glaubt, dass für diese umfangreiche Beratung mehr Zeit benötigt würde, zum Beispiel wenn Themen zurück in die Fraktionen zur Beratung geschickt werden. Er sei der Meinung, je früher desto besser.

Dr. Scharpf pflichtet bei, dass dies das Ziel sei.

Stadtrat Dr. Meyer beharrt auf seine Bitte, die Vorschläge noch in diesem Jahr mitzuteilen.

Herr Fleckinger führt aus, dass sich die Verwaltung darum bemühe, entsprechende Unterlagen im nächsten Sitzungslauf vorzulegen. Die Liste zu den Investitionen, welche im Lenkungskreis diskutiert werde, sollte in den nächsten Wochen als Grundlage für das Investitionsprogramm zum Thema Verwaltungsbudget zugehen, zumindest was den Bereich der 10 Mio. betreffe. Die weiteren Kombinationen, dreimal 30 Mio. Euro, würden laut Herrn Fleckinger einen schwierigen Akt darstellen und deshalb erst im Grundsatzbeschluss Mitte 2024 vorgelegt werden können.

Stadtrat Stachel merkt an, dass ihm 10 Mio. Euro Einsparung für 2024, wie von der Verwaltung vorgegeben, zu wenig sei. Er strebe eine Zielgröße der Einsparung von 20 Mio. Euro an. Deshalb stelle er hierzu einen Antrag auf getrennte Abstimmung unter Punkt 2.2 der Beschlussvorlage.

Stadtrat Schüller schließt sich den Worten von Stadtrat Stachel an. Er beantrage jedoch eine flexible jährliche Einsparquote von 25 Prozent ab 2024.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf hält fest, dass es sich dann um eine Einsparung von 25 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt handle.

Stadtrat Dr. Lösel stellt den Antrag, dass die Ergebnisse der Gewerbesteuvorauszahlung des vierten Quartals, welche gesetzlich bis zum 15. November vorliegen, am 16. November dem Stadtrat zur Kenntnis weiterzugeben. Er wolle vermeiden, dass sich der Stadtrat erst einen Monat später damit befassen könne. Außerdem wolle er Vergleichsdaten aus den letzten fünf bis sechs Jahren, um die Relation erkennbar zu machen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass in der Geschäftsordnung festgeschrieben sei, dass der Stadtrat über wesentliche Veränderungen informiert werde. Dies erfolge natürlich

auch in Bezug auf die Steuerzahlungen. Außerdem habe die Stadtverwaltung bereits im Juli ihre Prognose mitgeteilt, dass vermutlich im dritten und vierten Quartal 2023 und dem ersten Quartal 2024 von großen Gewerbesteuerzahlern keine Steuereinnahmen zu erwarten seien. Sollte sich diese Prognose nicht wiedererwartend ändern, würde dies unverzüglich dem Stadtrat mitgeteilt.

Stadtrat Fleckinger spricht erneut die personelle Situation an und weist nochmals auf die entsprechenden Planstellenanträge hin. Die Kämmererei sei derzeit mit rund 7.000 Gewerbesteuer- und Grundsteuermessbescheiden im Rückstand. Die Kämmererei und das Finanzreferat stehen für eine möglichst sichere Prognose der Haushaltshaltsdaten. Wesentliche Änderungen bei den Steuereinnahmen, die zu einer Gefährdung des Haushaltsausgleichs führen oder zusätzliche erforderliche Ausgaben wurden im Bedarfsfall auch durch einen Nachtragshaushalt angepasst. Die Sollstellung bei der Gewerbesteuer liege mit den sehr hohen Nachholungen derzeit bei knapp 199 Mio. Euro. Wenn man allerdings die reinen Vorauszahlungen für 2023 betrachte, läge man auf einem deutlich niedrigerem Niveau. Dies gelte auch für die Folgejahre in der Mittelfristplanung. Auch habe man bereits die neuen Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung bereits mit einer positiven Prognose in der Mittelfristplanung hinterlegt. Sollte sich abzeichnen, dass diese Prognosewerte nicht erreicht werden können, verschärfe dies die Situation in der Mittelfristplanung. Die Kämmererei sei auf Informationen und Prognosen der großen Firmen angewiesen. Grund für die derzeit hohe Sollstellung seien wie berichtet hohe Nachholungen aus den Vorjahren. Aktuell seien auch vom statistischen Landesamt die neuen hochgerechneten Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung der Kommunen als Orientierungswerte bekannt gegeben worden. Hier zeige sich eine Mindereinnahme von 2 und 3,5 Mio. Euro. Das geplante Wachstumschancengesetz trete am 01.01.2024 in Kraft. Hier würden Gewerbesteuerminderungen zwischen 3 und 5 Mio. Euro erwartet. VZ-Bescheide würden nach Aussagen von Herrn Fleckinger lediglich eine Momentaufnahme darstellen. Sollten sich dennoch höhere Gewerbesteuererträge abzeichnen, würde dies dem Stadtrat unverzüglich mitgeteilt. Der Stadtrat habe außerdem die Möglichkeit, über das Format Jedox immer zum ersten eines Monats alle Zahlen des gesamten Haushalts mit Erfüllungsgrad abzurufen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll wirbt dafür, beim Sparziel von 10 Mio. Euro für 2024 zu bleiben. Dafür gebe es mehrere Gründe. Zum einen, weil das Defizit der Beteiligungen aus dem vergangenen Wirtschaftsjahr auf das nächste Jahr übertragen werden müsse und zum anderen, weil eine Summe von mindestens 10 Mio. Euro höhere Beträge nicht ausschließe. Hierbei sei allerdings zu beachten, dass jede Sparmaßnahme auch eine Leistungskürzung für die Bürgerinnen und Bürger bedeute und dass auch Gebühren angehoben werden müssen. Ob der Stadtrat mehrheitlich diese 20 Mio. Euro mittragen wird, würde sich in den späteren Diskussionen herausstellen.

Stadtrat Dr. Schickel hält fest, dass jede eingesparte Million, eine negative Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger habe. Dies müsse sich der Stadtrat bei den Sparvorschlägen vor Augen halten.

Stadtrat Werner gibt Stadtrat Dr. Schickel in seinen Ausführungen Recht. Der Formulierung, mindestens 10 Mio. Euro einzusparen, könne selbstverständlich zugestimmt werden. Im Anschluss stehe es dem Stadtrat frei, weitergehende Vorschläge zu machen. Das Signal der deutlichen Einsparung sei gesetzt.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf lässt über die in der Diskussion der gestellten Anträge abstimmen.

*Abstimmung über den **Antrag von Stadtrat Schülter**, die Einsparquote auf jährlich 25 Mio. Euro ab dem Jahr 2024 zu erhöhen:*

Gegen die Stimmen der AfD-Stadtratsfraktion  
Mit Mehrheit der Stimmen abgelehnt.

*Abstimmung über den **Antrag von Stadtrat Stachel**, eine Einsparung im Verwaltungshaushalt in Höhe von 20 Millionen für das Jahr 2024:*

Gegen 17 Stimmen:  
Mit Mehrheit der Stimmen abgelehnt.

Über den **Antrag von Stadtrat Dr. Meyer** wird nicht abgestimmt, da bis Dezember kein Konzept vorgelegt werden kann, welches die vollen 100 Mio. Euro umfasst. Herr Fleckinger begründet, warum das Konzept in dem Zeitrahmen nicht fertiggestellt werden könne. Er könne die Zusage geben, dass versucht werde, das Konzept für 10 Mio. Euro dieses Jahres vorzulegen. Das Gesamtkonzept sei jedoch zeitlich nicht machbar. Auch 25 Mio. Euro würden in der Kürze dieser Zeit nicht umgesetzt werden können, da diese hohe Einsparung mit strukturellen Änderungen im Haushalt bzw. den Ämtern einhergehe, die belastbar bis hin zu den Auswirkungen auf die Bürger dargestellt werden müssten. Einzusparende Sachkosten und ggf. personelle Auswirkungen, auch in den Beteiligungen, bräuchten entsprechenden Vorlauf. Die Bearbeitung der Potentialbögen sei noch nicht abgeschlossen. Diese Bögen müssten hinsichtlich der Personal- und Sachkosten sowie deren Wirkung bei Entfall der Aufgaben dem Stadtrat übersichtlich dargestellt werden. Dafür seien die wenigen Wochen bis zum Jahresende nicht ausreichend, wie in der Zeitplanung vor der Sommerpause bereits mitgeteilt worden sei.

*Abstimmung über den **Antrag der Verwaltung V0869/23/1**:*

Mit allen Stimmen:  
Entsprechend dem Antrag genehmigt.